

sicht, die Tätigkeit der Mission am Ende ihres derzeitigen Mandats gründlich zu überprüfen;

21. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befaßt zu bleiben.

Auf der 3807. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

ist. Der Rat verurteilt nachdrücklich die Entführung von Personal der Mission und der gemeinsamen Friedens-truppe.

Der Rat verurteilt außerdem die weitere Verlegung von Minen, insbesondere ausgeklügelterer Arten von Minen, was bereits zu mehreren Toten und Verletzten unter der Zivilbevölkerung und unter den Friedenssicherungskräften und Beobachtern der internationalen Gemeinschaft geführt hat. Er fordert die Parteien auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das Verlegen von Minen und die Verstärkung der Aktivitäten bewaffneter Gruppen zu verhindern und mit der Mission und der Gemeinsamen Friedenstruppe voll zusammenzuarbeiten, um so ihrer Verpflichtung zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit des gesamten Personals der Vereinten Nationen, der gemeinsamen Friedenstruppe und der internationalen humanitären Organisationen nachzukommen.

Der Rat unterstützt die vom Generalsekretär in seinem Bericht vorgesehenen zusätzlichen Maßnahmen zur

Erhöhung der Sicherheit des Personals der Mission und zur Schaffung der erforderlichen Bedingungen für die wirksame Durchführung ihres Mandats.

Der Rat begrüßt die Anstrengungen, die die Organisationen der Vereinten Nationen und die humanitären Organisationen weiter unternehmen, um den dringenden Bedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, die am meisten unter den Folgen des Konflikts in Abchasien (Georgien) leiden, insbesondere der Binnenvertriebenen, ruft zur Entrichtung weiterer Beiträge zu diesem Zweck auf und ermutigt die Staaten erneut, Beiträge an den freiwilligen Fonds zur Unterstützung der Durchführung des Moskauer Übereinkommens und/oder für humanitäre Zwecke, einschließlich der Minenräumung, wie von den Gebern bestimmt, zu leisten.

Der Rat erinnert die Parteien daran, daß die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, ihnen behilflich zu sein, vom politischen Willen der Parteien abhängt, den Konflikt im Wege des Dialogs und des gegenseitigen Entgegenkommens beizulegen.

DIE SITUATION IN ANGOLA

[Resolutionen beziehungsweise Beschlüsse zu dieser Frage wurden vom Sicherheitsrat jedes Jahr seit 1992 verabschiedet.]

Beschlüsse

Auf seiner 3736. Sitzung am 30. Januar 1997 beschloß der Sicherheitsrat, den Vertreter Angolas einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des Punktes "Die Situation in Angola" teilzunehmen.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluß an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab¹⁹²:

"Der Sicherheitsrat bringt seine tiefe Besorgnis über die Verzögerungen bei der Bildung einer Regierung der Einheit und Nationalen Aussöhnung zum Ausdruck, die darauf zurückzuführen sind, daß die União Nacional para a Independência Total de Angola es versäumt hat, den von der Gemeinsamen Kommission im Rahmen des Protokolls von Lusaka¹⁹³ festgelegten Zeitplan einzuhalten.

Der Rat stellt außerdem mit Besorgnis fest, daß die Umsetzung der noch unerledigten militärischen Aspekte des Friedensprozesses, insbesondere die Demobilisierung und die Eingliederung der Soldaten der União Nacional

¹⁹²